

„Katastrophenkommandos“ für die SED

Die Hintergründe der angekündigten Gegenmaßnahmen

In einer völlig unklar gehaltenen amtlichen Erklärung kündigte Pankow dieser Tage „Schutzmaßnahmen“ angesichts der Ratifizierung der Pariser Verträge an. Eine gleichzeitig veröffentlichte Verlautbarung der Ostberliner SED spricht von „Umgruppierungen in den Kampfgruppen und besonderen Maßnahmen zum Schutz von Betrieben und Staat“. Inzwischen sind die Hintergründe beider Erklärungen und die damit verbundenen „Gegenmaßnahmen“ bekanntgeworden. Eine kurze Betrachtung zeigt, daß es sich um Schritte zur Aufrechterhaltung der „inneren Sicherheit“ handelt. Die SED befürchtet also gar keinen „Angriff von außen“, sondern nimmt die Pariser Verträge nur zum äußeren Anlaß, um ihren inneren Machtapparat aus Furcht vor der Bevölkerung zu festigen.

Folgendes ist von der SED veranlaßt worden:

Die SED - „Kampfgruppen“ wurden aus der bisher zur Tarnung aufrechterhaltenen Verbindung mit der GST (Gesellschaft für Sport und Technik) gelöst. Ab sofort erhalten die Kampfgruppen Waffen und Munition nicht mehr über die GST, sondern direkt von den Kreisstellen der Volkspolizei.

Damit werden sie gleichzeitig befehlsmäßig einer Volkspolizei-Dienststelle zugeteilt, die im Laufe der nächsten sechs Monate für die Waffenausbildung Sorge tragen muß.

Vom KG-Gewehr zum MG

Das für die Kampfgruppen bisher obligatorische Kleinkalibergewehr 110 gilt fortan nur noch als Übungswaffe. Neu ist die Ausbildung am russischen leichten Maschinengewehr (LMG). Einigen Gruppen werden (entgegen den Kontrollratsbestimmungen) deutsche LMG 42 zugeteilt. Alle KG-Mitglieder kommen zu 14tägigen Übungen zusammen, die im Quartal mindestens einmal wiederholt werden müssen. Ihr Einsatzauftrag „Schutz der volkseigenen Betriebe“ wurde umgeändert in „Schutz der volkseigenen Betriebe und Einrichtungen des Staates“.

Die SED - „Kampfgruppen“ werden damit bis etwa Herbst 1955 zur vollausgerüsteten militärischen Miliz.

Rote „Technische Nothilfe“

Neu ist die Trennung von a) „bewaffneten Mitgliedern“ und b) „technisch verantwortlichen Mitgliedern“, deren neue Bezeichnung „Katastropheneinsatzkommandos“ lautet, innerhalb der Kampfgruppen. Diese zweite Gruppe ist als eine Art kommunistische „technische Nothilfe“ vorgesehen.

Ihre Kommandos sollen, wie es heißt, „im Katastrophenfall“ die Energie-, Lebensmittel- und Wasserversorgung sowie das Transportwesen aufrechterhalten. Ihr Einsatz erfolgt bei „Streiks, Unruhen und besonderen Zwischenfällen“. Die Tatsache, daß die SED eine solche Formulierung wählen muß, zeugt nicht von allzuviel Vertrauen in die innere Stabilität.

GST vormilitärisch

Die Gesellschaft für Sport und Technik wird jetzt zum erstmalig offiziell als „vormilitärische Organisation“ bezeichnet. Die Teilnahme an ihren Übungen ist für jeden Bürger zwischen 17 und 25 Jahren „Verpflichtung“.

Das heißt: Die Einführung der Wehrpflicht scheint nicht beabsichtigt. Man wird dafür jeden

Jugendlichen, der an einer bestimmten Anzahl Übungen der GST teilgenommen hat, solange bearbeitet, bis er seine Bereitschaft zum Eintritt in die Armee erklärt.

Vorliegende Einzelanordnungen der GST-Leitungen sowie ein Referat des neuen GST-Vorsitzenden Staimer vor dem FDJ-Zentralrat lassen keine andere Auslegung zu.

„Parteiselbstschutz“

Noch nicht bekanntgeworden ist die Ausgabe von Handfeuerwaffen an höhere und mittlere Funktionäre der SED.

Unter der Tarnbezeichnung „Parteiselbstschutz“ bestehen innerhalb des Parteiapparates — unabhängig von den auch hier aufgestellten „Kampfgruppen“ — Sonderkommandos, die direkt von den SED-Bezirksleitungen einzusetzen sind.

Sie besitzen Ausweise des SED-Zentralkomitees und haben praktisch die gleichen Vollmachten wie der SSD.

Die übrigen bewaffneten SED-Funktionäre — vor allem in ländlichen Gebieten — erhalten tschechische Militärpistolen, Kaliber 7,65 mm. Die dazugehörigen Waffenscheine tragen den Stempel eines VP-Kommandos in Ostberlin, werden aber vom Zentralkomitee der SED (Abteilung Organisation) ausgestellt.

Das sind — kurz genannt — die wichtigsten der geheimnisvoll angekündigten „Gegenmaßnahmen“ der SED. Sie haben mit der „äußeren Sicherheit“ wohl kaum etwas zu tun, sprechen aber um so beredter von der „inneren Sicherheit“, in die die SED angesichts einer der Wiedervereinigung zustrebenden Politik geraten ist,

Die Grenze des Erlaubten

WG. Wenn es nach dem Inkrafttreten der Pariser Verträge wieder eine selbständige deutsche Politik geben wird, dann wird sie von der Tatsache bestimmt sein, daß die Wiedervereinigung Deutschlands von dem übereinstimmenden Willen der vier Mächte abhängt. Gegen den Willen der Sowjets, die den Raum der Zone als schweres Pfand in Händen halten, ist diese höchste Aufgabe der deutschen Politik ebensowenig zu lösen, wie gegen den Willen des Westens. Nur das Zusammenwirken beider führt uns zum Ziele. Das heißt aber, daß wir auch mit Moskau sprechen müssen.

Die Frage diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Moskau entbehrt natürlich nicht der Problematik angesichts der Tatsache, daß das Regime der Sowjetzone dort bereits eine diplomatische Vertretung unterhält. Es wird deshalb alles vermieden werden müssen, was gegenüber Moskau wie eine Anerkennung der Spaltung Deutschlands wirken könnte. Im Prinzip jedenfalls ist dieser diplomatische Kontakt, mag er sich nun in den üblichen oder in besonderen Formen abspielen, zu bejahen.

Gerade in der Frage der Wiedervereinigung wollen wir nicht weiter nur Objekt der internationalen Politik sein. Wir wollen vielmehr selbst mitwirken: Wir wollen mitreden und mithandeln. Das erweitert jedenfalls zum Nutzen aller Beteiligten den Aktionsradius unserer politischen und diplomatischen Möglichkeiten in einer Frage, die nicht zur Ruhe kommen wird, bis sie ihre natürliche Lösung in der Einheit und Freiheit Deutschlands gefunden hat.

Nicht „auseinanderleben“!

Der Weg der Wiedervereinigung Deutschlands führt also — in gemeinsamen Bemühungen mit den Westmächten — über Moskau. Er führt nicht über

Pankow. Mit der auf deutschem Boden herrschenden kommunistischen Diktatur, die gegen den Willen der Bevölkerung zur Macht gelangt ist, haben wir keine politischen Probleme zu lösen.

Es kann und darf auf der Linie der Zonengrenze eine innderdeutsche „Koexistenz“ im Sinne des Sichabfindens oder einer politischen Partnerschaft nicht geben. Mit den Machthabern der Zone haben wir nur technische Fragen zu klären und zu regeln: den Interzonenhandel, den Interzonenverkehr und überhaupt das Funktionieren aller technischen Mittel, die der Verbindung der in ihrem nationalen Gefühl keineswegs gespaltenen Deutschen dienen können.

Darauf nämlich kommt es an. Die menschlichen Verbindungen über die trennende Grenze hinweg können gar nicht intensiv genug sein. Alles müßte geschehen, um sie noch mehr als bisher zu ermöglichen.

Das ist eine rein menschliche, eine nationale, eine gesamtdeutsche Aufgabe, die mit Politik oder Propaganda oder ideologischer Beeinflussung nichts zu tun hat. Ein millionenfacher menschlich-persönlicher Kontakt über die Zonengrenze hinweg bietet die beste Gewähr dafür, daß wir uns trotz allem nicht „auseinanderleben“, sondern im Geiste eins bleiben, bis wir auch wieder eins werden im Staate.

Über die persönliche Begegnung hinaus gibt es viele andere Möglichkeiten, eine alle Lebensgebiete erfassende deutsche Gemeinschaft zu pflegen, vor allem auf kulturellem Gebiet. Die Entschlebung der Berliner Konferenz der westdeutschen Kultusminister hat diese Möglichkeiten, soweit sie nicht politisch mißbraucht werden, entschieden bejaht.

Gespräch oder Propaganda?

Etwas ganz anderes als diese jedem politischen Nebenzweck entzogenen Kontakte persönlicher oder kultureller Art, in denen nicht staatliche Institutionen, sondern lebendige Menschen auftreten, sind Gespräche mit den Vertretern der kommunistischen Diktatur der Zone oder der in ihrem Dienst stehenden Organisationen.

Ob es sich dabei um den kommunistischen Kultusminister Becher handelt oder um die Vertreter des FDGB, der FDJ oder der Parteien und anderer gleichgeschalteter Organisationen — sie alle sind mit eisernen Ketten an die Einheitsmeinung des kommunistischen Regimes gebunden. Hier fehlt jede Voraussetzung zu einer echten Diskussion, nämlich die Freiheit, und es fehlt vor allem die gemeinsame Sprache, mit der man sich gegenseitig verstehen kann.

Den Machthabern der Zone kommt es im übrigen auf Verstehen und Verständigung überhaupt nicht an. Den Zweck, den sie mit solchen Gesprächen verfolgen, kann man am besten an den Berichten der kommunistischen Presse über solche Veranstaltungen erkennen: „Seht, sie sprechen mit uns! Wir sitzen endlich, wie wir immer gefordert haben, an einem Tisch!“ Nur auf diesen propagandistischen Effekt in der Zone selbst, die über den Inhalt solcher Gespräche entstellte Berichte erhält, legen sie überhaupt Wert.

Sinnlose Begegnung

In der Zone selbst spürt und weiß man, daß solche Gespräche mit den Vertretern des kommunistischen Regimes zu keinem sinnvollen Ergebnis führen können. Man fürchtet vielmehr, daß sie eine Verwischung unüberbrückbarer moralischer Gegensätze zur Folge haben.

Eine jede eigenwillige Selbstbehauptung dämpfende Wirkung der Resignation könnte dann die Folge sinnloser Begegnungen mit den Vertretern der kommunistischen Diktatur und ihrer unfreien Organisationen sein.

Wenn die Deutschen in der Zone sehen, daß man etwa gar mit Ulbricht über Demokratie, mit Hilde Benjamin über die Justiz, mit dem FDGB über die Rechte des Arbeiters oder mit der FDJ über die Freiheit der Jugend diskutiert, dann schütteln sie, die das alles an eigenen Leibe kennengelernt haben, einigermaßen verständnislos den Kopf. Sie haben das Gefühl, daß hier die Grenze des Erlaubten überschritten wird — sehr zum Schaden der Sache, an die sie mit uns gemeinsam glauben.

Zonen-Abitur wird anerkannt

Voraussetzung ein Jahr Studium

Berlin (DPA). Mit einem Sowjetzonen - Reifezeugnis können Studenten ohne Sonderprüfung an einer Hochschule in der Bundesrepublik immatrikuliert werden, wenn sie über ein Jahr in der Sowjetzone studiert haben. Abiturienten aus der Sowjetzone können nach Mitteilung der ständigen Konferenz der Kultusminister Vorbereitungskurse besuchen.

Lufthansa startete

Hamburg (AP/DPA). Die Deutsche Lufthansa wird am 6. Juni ihren kommerziellen Flugverkehr nach New York aufnehmen. Vorerst soll diese Strecke zunächst sechsmal und im nächsten Jahre zehnmal wöchentlich befliegen werden.

Den ersten Flug mit Passagieren führte die Lufthansa am Montag durch. An ihm nahmen Vertreter der Presse, des Rundfunks und der Wochenschauten teil. Es wurden in vier Gruppen die Strecken Hamburg—Frankfurt/M., Frankfurt/M.—München, München—Düsseldorf und Düsseldorf—Hamburg abgeflogen.

Wieder Einmütigkeit

Bonn (Eigenbericht). Die Koalitionskrise der letzten Wochen ist endgültig beendet worden. Nach einer längeren Unterredung zwischen Bundeskanzler Dr. Adenauer und Vizekanzler Blücher wurde amtlich mitgeteilt, daß das Gespräch „der Regierungsarbeit der nächsten Wochen“ gegolten habe. Das ist der deutliche Hinweis darauf, daß Blücher im Bundeskabinett bleiben wird.

Arbeitskräfte sehr gefragt

Nürnberg (DPA). Auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt ist ein wachsender Kräftebedarf festzustellen, wie die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Nürnberg mitgeteilt hat. Die Zahl der offenen Stellen im Bundesgebiet erhöhte sich seit Januar um 24 995 auf 154 086. Davon entfallen auf Männer 11 205 und auf Frauen 13 790.

Die Zunahme an offenen Stellen war am stärksten in den landwirtschaftlichen Berufen. An

zweiter Stelle folgten die hauswirtschaftlichen Berufe. In den Bauberufen blieb die Nachfrage praktisch unverändert.

Hilfe für Flüchtlingsbetriebe

Bonn (DPA). Zwischen Vizekanzler Blücher und dem Leiter des US-Amtes für Auslandshilfe, Mr. Tutill, wurde ein neues Hilfsprogramm vereinbart, das die Bereitstellung von 34,5 Mill. D-Mark aus Zins- und Tilgungseinnahmen des ERP-Sondervermögens für die gewerbliche Wirtschaft der Vertriebenen und Flüchtlinge im Jahre 1955 vorsieht.

Neue Kampagne der SED

DT. Seit einiger Zeit häufen sich die Hiobsbotschaften aus der Sowjetzone. Die erneute Versorgungskrise und Lebensmittelknappheit hat nun das Regime zu Maßnahmen veranlaßt, die eigentlich nicht in das Konzept der letzten Wochen und Monate passen. Daß man z. B. den Westberlinern wieder die Reise in die Zone erschwert, kehrt alle gesamtdeutschen Beshwörungen Pankows in das Gegenteil. Die tatsächlichen Befürchtungen der Zonenbevölkerung, die sich aus dieser Situation ganz logisch ergeben, äußern sich aufschlußreich im steigenden Geldumtausch und in den verstärkten Ostmarkeinkäufen in Westberlin. Denn spürbar ist, daß der Zone eine noch unübersehbare Krise bevorsteht, wenn sie sich nicht schon längst inmitten einer solchen befindet, wofür das sinkende Vertrauen in die Ostmark deutlicher Gradmesser ist.

Trotzdem — oder gerade deshalb — hat sich das SED-Regime soeben sehr laut in ein außer-wirtschaftliches Gebiet eingeschaltet: es versucht, die Gemüter von der Geld- und Versorgungssituation abzulenken und sie künstlich auf geistig-religiösem Gebiet zu erregen.

Lange genug hat es gedauert, bis jetzt in der Ostpresse unter Führung des „kirchensachverständigen“ stellvertretenden DDR-Ministerpräsidenten Otto Nuschke eine offiziöse, höchst

Adenauer kommt

Berlin (Eigenmeldung). Bundeskanzler Dr. Adenauer hat dem Berliner Senat in einem Fernschreiben mitgeteilt, daß er vom 26. bis 28. April mit seinem Wirtschaftskabinetts nach Berlin zu einer Arbeitssitzung kommen wird.

Mit dem Bundeskanzler werden, wie ein Senatsprecher mitteilte, erwartet: Vizekanzler Blücher, Finanzminister Schäfer, Wirtschaftsminister Erhard sowie Wohnungsbauminister Preusker. Im Mittelpunkt der Beratungen wird der Berlin-Plan stehen.

aggressive Reaktion auf die Synode von Espelkamp veröffentlicht wurde.

Ob Nuschke in seinem Organ „Neue Zeit“ oder ob die SED in ihrem „Neuen Deutschland“: die Ostpresse macht den Versuch, die Synode völlig in den Morast ihrer Politik zu zerren; sie beurteilt, wertet, kommentiert und verfälscht die Synode lediglich unter den zweckbedingten Gesichtspunkten ihrer Politik. Damit versucht Pankow gerade das, was man in Espelkamp zu vermeiden trachtete, nämlich die Synode ausschließlich zu einer Angelegenheit der Tagespolitik werden zu lassen. Kein Satz ist zu lesen über die religiösen Anliegen, die im Mittelpunkt auch dieser Synode standen. Dagegen die unverhüllte Aufforderung an die Christen in der Zone, sich von den Ergebnissen der Synode abzuwenden, womit eines der großen kulturpolitischen Ziele der SED erreicht würde: die Einheit und Einmütigkeit der Gleichgesinnten im kirchlichen Bereich zu zerstören.

Das Ganze wird aber wieder einmal so ungeschickt inszeniert, daß es durchschaut werden muß und an Wirkung verliert. Nuschke wird Anfang April den neuen Präses der Synode empfangen. Für Prof. Dr. v. Dietze wie für uns alle kann diese gestern gestartete Kampagne nur aufschlußreich sein.

Auch Paris hat ratifiziert

Paris (Eigenmeldung). Der Rat der Republik hat ratifiziert. Die fast fünfjährigen Verhandlungen über die Bewaffnung der Bundesrepublik sind, soweit es Frankreich angeht, beendet. Für die Wiederherstellung der Staatshoheit der Bundesrepublik stimmten 234 Senatoren gegen 75, für die Zulassung der Bundesrepublik in die NATO 200 gegen 114, für das Saarabkommen 217 gegen 92 und für das am meisten umstrittene Gesetz über den Beitritt der Bundesrepublik in die Westeuropäische Union (Wiederbewaffnung) 184 gegen 110. Die noch ausstehende Ratifizierung der Verträge durch die drei Beneluxländer wird bis Ende April erwartet.

Die Schlußsitzung des Rates, die bis in die frühen Morgenstunden des Sonntags dauerte, war beherrscht von der Rede des Ministerpräsidenten Faure, der mit seiner glänzenden Debattefertigkeit und seinem klaren Blick für das praktisch Durchführbare dem Hause Abstimmungsergebnisse abzurufen vermochte, die selbst Optimisten überraschten. Es gelang ihm auch, die Zurückweisung aller Zusatzanträge zu erreichen, die unter Umständen eine weitere Verzögerung bedeutet hätten.

„Moskau hat Schlacht verloren“

Bonn (DPA/AP). Die Annahme der Pariser Verträge durch Frankreich ist, wie zu erwarten war, in den Hauptstädten der westlichen Welt mit großer Be-

riedigung aufgenommen worden. Die Reaktion läßt sich in dem Satz zusammenfassen: „Die Sowjetunion hat eine Schlacht verloren.“

Vierertreffen in Vorbereitung

Auch nach der Ratifizierung

Berlin (DPA/AP). Präsident Eisenhower und die britische Regierung haben sich mit Nachdruck dafür ausgesprochen, nach der Ratifizierung der Pariser Verträge vorbereitende Viermächtebesprechungen mit der Sowjetunion mit dem Ziel einer Konferenz der Regierungschefs einzuleiten. Präsident Eisenhower fügte hinzu, es bestehe die Möglichkeit, daß an einer späteren Konferenz auch die Bundesrepublik teilnehme. Dem französischen Außenministerium

nahestehe Kreise begrüßten die britisch-amerikanische Initiative. Drei Tage später erklärte der sowjetische Ministerpräsident Bulganin, daß seine Regierung dem Gedanken einer Großmächtekonferenz, wie ihn Präsident Eisenhower dargelegt habe, positiv gegenüberstehe. Dies gelte für eine Konferenz, die zur Entspannung der Weltlage beitragen könnte.

Präsident Eisenhower, der auf einer Pressekonferenz sprach, sagte, nach vollzogener Ratifizierung würde er „eine Menge Konzessionen machen“, um sondernde Verhandlungen in Gang zu bringen. Er brauche aber die Gewißheit, daß die Sowjets eine Konferenz nicht zu Propagandazwecken ausschalten wollen.

Unmittelbar nach der Erklärung Präsident Eisenhowers bekräftigte das britische Außenministerium in aller Form die britische Politik hinsichtlich einer Viermächtekonferenz nach Ratifizierung der Pariser Verträge.

Bulganin wählte für seine Mitteilung die Form eines Interviews mit einem Korrespondenten der sowjetamtlichen Nachrichten-Agentur TASS.

In diplomatischen Kreisen Moskaus fiel auf, daß Bulganin weder zu den Pariser Verträgen Stellung nahm, deren Ratifizierung Eisenhower als Voraussetzung zu Konferenzen genannt hatte, noch die deutsche Frage erwähnte oder eine Hinzuziehung Rotchinas empfahl.

Abrüstungskonferenz bisher ergebnislos

London (DPA/AP). Als Antwort auf die unter Bruch der vereinbarten Geheimhaltung erfolgten propagandistisch entstellten Mitteilungen des sowjetischen Delegierten Gromyko über den Verlauf der Abrüstungsverhandlungen in London veröffentlichten die Westmächte ihrerseits eine Darstellung über den Stand der Konferenz.

Danach haben die Westmächte vorgeschlagen, die amerikanischen Streitkräfte um 2 Millionen Mann, die britischen um 250 000 und die französischen um 300 000 Mann zu reduzieren. Die Höchststärken der Streitkräfte sollten für die USA, die Sowjetunion und China je zwischen ein und eineinhalb Millionen, für Großbritannien und Frankreich bei 650 000 Mann liegen. Von sowjetischer Seite wurde statt dessen eine Redu-

zierung der Streitkräfte um ein Drittel vorgeschlagen.

Auf westlicher Seite wird geschätzt, daß die Sowjetunion über 5 Millionen und Rotchina über 3,5 Millionen Soldaten verfügt.

Weiter heißt es in dem westlichen Bericht, die Sowjetunion habe sich geweigert, über die Einrichtung einer internationalen Kontrollbehörde zu diskutieren.

Atomexplosion unterirdisch

Las Vegas (Nevada) (AP). In der Wüste von Nevada ist die erste unterirdische Atomexplosion ausgelöst worden, die seit 1951 in den USA stattgefunden hat. Die Explosion war in dem 110 Kilometer entfernten Las Vegas nicht sichtbar. Ebenso wenig wurden dort Erschütterungen oder Detonationsgeräusche wahrgenommen.

Die Fleischpasteten sind wieder verschwunden

Fleisch- und Fettknappheit der Sowjetunion — Getreideschlacht in Sibirien

„Das sind keine Schweine, sondern eine Schweinerei“, polterte Nikita Chruschtschow in seiner Rede vor dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion am 28. Januar, als er sich mit den großen Aktionen des Pflügens des westsibirischen Steppenbodens, den Fehlern der sowjetischen Landwirtschaft und dem anhaltenden Nahrungsmittelmangel befaßte. Zweidreißig Prozent der von den Kolchosen abgelieferten Schweine wögen nur 30 kg statt 112 kg im Durchschnitt. 69 Prozent seien zu mager. Anstatt 37,5 kg Fleisch im Jahr wie der Deutsche, darf der Russe nur 15 kg verzehren, statt 5,3 kg Butter nur 2 kg, statt 125 Liter Milch nur 50 Liter.

Die große Aufbesserung der Versorgung, die Malenkow am 8. August 1953, ein paar Monate nach Stalins Tod, eingeleitet hatte, ist wieder in die frühere Knappheit zurückgefallen. Sie stammt letztlich aus dem großen Schweine- und Rindermord der Jahre 1928 bis 1932, als Stalin den russischen Bauern zum Kolchosarbeiter degradierte. Aus Wut und Trotz aß das Volk eher das Fleisch auf, anstatt das lebende Vieh an den Kolchos abzuliefern.

Rückgang statt Fortschritt

Heute hat die Sowjetunion weniger Milchkühe als vor vierzig Jahren, nämlich nur 27,5 Millionen gegen 28,8 Millionen. Dabei ist die Bevölkerung von 130 auf 210 Millionen Köpfe angewachsen und nimmt jährlich um weitere 3 Millionen zu.

Die Schweinebestände haben sich der Zahl nach zwar verdoppelt auf 51 Millionen Stück, aber das Schlachtgewicht ist viel zu niedrig. Chruschtschow versichert zwar, Getreide sei genügend da. Tatsächlich sind die gesamten Anbauflächen seit 1913 von 105 auf 167 Millionen Hektar ausgedehnt worden, aber die Getreideernte erbrachte damals 80 gegen nur 105 Millionen Tonnen in den Jahren 1953 und 1954!

Die von Malenkow 1953 befohlene Preiserabsetzung für alle Verbrauchsgüter, besonders Lebensmittel, hatte einen wahren Käufersturm hervorgerufen, der wie eine Riesenwoge Vorräte und Lieferungen gerade der Fleischereien hinwegschwemmte. Seit Jahrzehnten zum ersten Male lagen im Sommer 1953 Rinderlenden, Schweinekoteletts, Schinken, Wurst und die bei den Russen so beliebten Fleischpasteten in den Schaufenstern.

„Der neue Kurs“ trat auch bei der Ernährung an die Stelle von nur „Brot, Haferbrei und Kohlsuppe“.

Vertippt

Aber so grotesk es klingt, die Sowjets wurden das Opfer der Gesetze der Marktwirtschaft. Malenkow hatte sich vertippt. Preissenkung bedeutete mehr Kaufkraft, aber mehr Ware war nicht da, besonders kein Fleisch, Fett, Milch, Zucker. Da auch die Kolchosen bessere Ablieferungspreise vom Staat für ihr Soll bekamen, zusammen 25 Milliarden Rubel, stieg auch die Kaufkraft der Bauern und leerte die Läden.

Zwar konnten die widerwillig bleibenden Kolchosbauern in das Tempo der Traktoren und Mähdrescher der Maschinenstationen hineingezwungen werden, aber wo der persönliche, freiwillige Einsatz erforderlich ist, streikt der Muschik.

Die Erhöhung der Ablieferungspreise, die Steuersenkung und größere Freiheit der Bauern für das Halten von eigenem Vieh und den Verkauf ihrer Überschüsse auf freien Märkten steigerte zwar interessanterweise die Viehbestände von 1953 auf 1954 stärker als früher, aber das waren nur Tropfen auf den heißen Stein der riesigen Nachfrage. Neue Gewaltmaßnahmen in der Landwirtschaft waren unerlässlich, um auch nur den

früheren beengten Ernährungsstand zu halten.

Im März 1954 begann Chruschtschow deshalb mit der „Getreideschlacht in Westsibirien“. Schon 1955 sollen die Anbauflächen um 20 Millionen Hektar auf 187 Millionen erweitert werden, um 221 Millionen im Jahr 1960 zu erreichen. Die Getreideernten sollen von 105 auf 167 Millionen Tonnen gesteigert werden, 120 000 Traktoren, neun Zehntel der Produktion, Zehntausende von Landarbeitern, Tausende von Agronomen wurden mit Baracken und Zelten in die weiten Steppen Westsibiriens, Kasachstans, Kirgisiens und in die Altai-Provinz geworfen. 130 Riesenstaatsgüter (Sowchase) — „ohne eigenständige Kolchosbauern“, betonte Chruschtschow — jedes 20 000 bis 30 000 Hektar groß, wurden und werden maschinell mit dem berühmten amerikanischen „Dry-farming“-System, völlig ohne Stall- und Kunstdünger beackert und beerntet.

Gigantisch ist das Projekt, das da in Ausführung ist. Chruschtschow sieht ziemlich ohne Illusion das Kernproblem: „Millionen und aber Millionen Bauern wären für die herkömmliche Erschließung dieser Ländereien notwendig gewesen, doch diese Millionen fehlen.“

Daß die Sowjets mit größter Energie Riesenprojekte zur Durchführung zu bringen verstehen, zeigt ihr Industrieaufbau. Aber sie haben dafür allein in den letzten fünf Jahren, wie immer wieder seit dem ersten Fünfjahresplan von 1928, 17 Millionen Menschen vom Lande in die Städte gebracht. Die Folge ist der ständige Arbeitskräftemangel auf dem Lande, der noch zu dem passiven Widerstand der Bauern gegen das System hinzukommt.

Mißstände in StalinStadt

Berlin (AP). Das größte und modernste Eisenhüttenwerk der Sowjetzone, das Kombinat J. W. Stalin, habe im vergangenen Jahr seinen Produktionsplan nicht erfüllt, erklärte Werk-

direktor Markowitsch laut ADN auf einer Betriebskonferenz in StalinStadt. Er bemängelte ferner, daß 1954 im Kombinat „erhebliche überplanmäßige Selbstkosten“ entstanden seien.

Jugend hinter Gittern

Berlin (Eigenmeldung). Im Suchdienst der „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ sind 3736 Jugendliche, die seit dem Kriegsjahr 1945 bis 1954 im Alter von unter 18 Jahren verhaftet wurden, als jugendliche politische Gefangene der Sowjetzone registriert. Wird der Begriff „Jugendliche“ bis unter 25 Jahren ausgedehnt, so beträgt die Gesamtzahl dieser Verhafteten im gleichen Zeitraum 14 631.

Nach Angaben der „Kampfgruppe“ befinden sich heute noch über 7000 in Zuchthäusern, Gefängnissen und Arbeitslagern, davon 817 im Alter von unter 18 Jahren Verhaftete.

Nach Unterlagen des Bundesministers für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsbeschädigte befanden sich unter den jugendlichen Flüchtlingen des Jahres 1953 rund 79 000 Kinder und Schüler sowie 322 Studenten. Im Jahre 1954 waren es fast 40 000 Kinder und Schüler sowie rund 880 Studenten.

17jähriger Russe bat um Asyl

„Ich will in Freiheit leben“ erklärte er

Berlin (AP/DPA). Der 17-jährige Sohn eines sowjetischen Luftwaffen-Oberstleutnants, Lysikow, ist nach Westberlin geflüchtet. Die US-Behörden haben ihm politisches Asyl gewährt.

In einem Schreiben an den sowjetischen Militärkommandanten Generalmajor Dibrowa teilte US-Kommandant Generalmajor Honnen mit, daß dem Jungen politisches Asyl gewährt worden sei, und daß die US-Behörden eine Zusammenkunft ermöglichen würden, falls die Eltern ihren Sohn sprechen wollten.

Auf einer Pressekonferenz erklärte der Junge, er habe bereits in seinem Heimatort Stalingrad, wo er Sendungen der Stimme Amerikas und der BBC gehört haben will, den Entschluß zur Flucht gefaßt. „Ich will hier im Westen in Freiheit leben“, erklärte er.

Der sowjetische Militärkommandant von Berlin, Generalmajor Dibrowa, forderte in einem Protestschreiben an Honnen, den 17-jährigen sofort zu seinen Eltern in die Sowjetzone zurückschicken. Dibrowa behauptete, Lysikow werde von

Die SED tut „gesamtdeutsch“

Rotes Kuratorium im Vereinsregister

Eine neue Scheinorganisation hat sich in das Vereinsregister kommunistischer Verbände eintragen lassen. Einige aus dem DGB entfernte Kommunisten, Vertreter des KPD-Parteivorstandes und zwei bereits vor langem ausgeschlossene Mitglieder der SPD haben sich als „Kuratorium Einiges Deutschland“ vorgestellt. Sie wollen — schreibt die SED-Presse — für die Durchführung der „Volksbefragung“ gegen die Pariser Verträge in der Bundesrepublik Sorge tragen.

Die Sache ist nicht nur insofern lächerlich, als sich die SED damit bemüht, dem Kuratorium „Ungeteiltes Deutschland“ in der Bundesrepublik ein Tarnorganisationsnischen entgegenzustellen. Die hier zur Schaustellung herangezogenen 11 Personen sind nämlich die „Hunderte von westdeutschen Teilnehmern an der Leipziger Gesamtdeutschen Arbeiterkonferenz“.

Die SED hatte hier in Leipzig Anfang März versucht, rund 1000 westdeutsche Kommunisten zu einer „Kampftagung“ zusammenzubekommen und gleichzeitig etwa 800 SPD- und DGB-

Mitglieder unter großzügigster Bereitstellung finanzieller Mittel eingeladen. Die beabsichtigte Konferenz kam nicht zustande, weil die zahlreich erschienenen Kommunisten nur 14 Nicht-KP-Mitglieder mitbringen konnten. Drei von ihnen verließen noch am ersten Konferenztag empört die Messestadt.

Der Leipziger Rundfunk, der bereits eine Bandaufnahme dieser Konferenz mit „westdeutschen Diskussionsbeiträgen“ angekündigt hatte, war zum Schluß gezwungen, eine derartige „Diskussion“ im Sende-raum zu imitieren und brachte einen Krefelder Beitrag in so unverfälschtem Sächsisch, daß die Sendung von Berlin trotz Ankündigung nicht übernommen werden konnte.

Die restlichen 11 Neugierigen mögen von ihrem „Glück“, Mitglieder eines „Kuratoriums Einiges Deutschland“ der SED zu sein, noch gar nichts wissen. Die Gründung wurde vom ZK der SED beschlossen, als sie längst wieder in ihren Heimatorten weilten. Man kann annehmen, daß die SED auch bei künftigen Aktionen dieses „Kuratoriums“ den „verkürzten Weg“ — ohne Wissen und Zutun der Kuratoriumsmitglieder — wählen wird.

Pankow erschwert Verkehr

Berlin (Eigenmeldung/DPA). Passierscheine für Reisen von Berlinern in die sowjetische Besatzungszone dürfen gemäß einer Verfügung des Innenministers der Zonenregierung ab sofort nur noch zum Besuch naher Verwandter ausgeben werden. Die Zahl der Besuche ist auf zwei im Jahr beschränkt.

Allerdings sollen Passierscheine auch zur Teilnahme an Hochzeiten, Beerdigungen, silbernen

und goldenen Hochzeiten und bei schwerer Erkrankung naher Angehöriger gewährt werden.

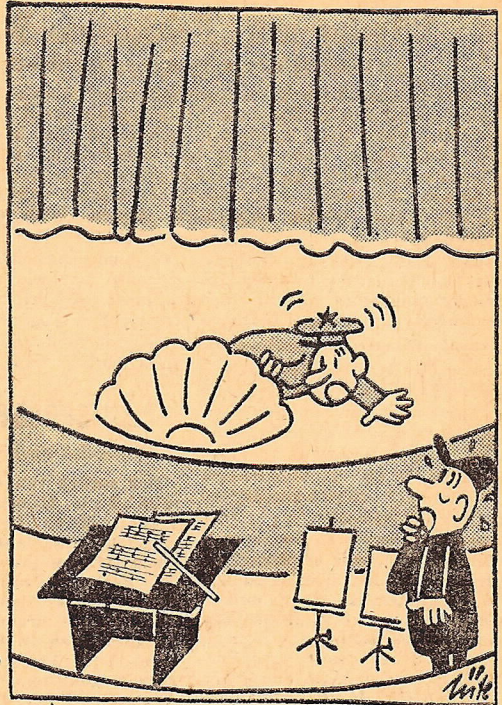
Gründe für diese neuerliche Beschränkung des freien Verkehrs der deutschen Bevölkerung, wie er 1945 von allen Besatzungsmächten ausdrücklich und feierlich garantiert wurde, werden wiederum nicht angegeben. Es ist möglich, daß die offensichtliche Lebensmittelknappheit der Zone einer der Gründe ist.

Der Ehrendoktor

Zu seinem 72. Geburtstag erhielt Otto Nuschke von der Fakultät für Journalistik der Leipziger Karl-Marx-Universität die Würde eines Ehrendoktors.

In einer Gastvorlesung, die dem Sinne dieser Ehrung linientreu entsprach, ging der junge alte Akademiker mit der westdeutschen Presse hart ins Gericht. Von „Kapitalisten und Monopolisten“ abhängig, aus dem „Reptilienfonds der Amerikaner gespeist“, könne sie nicht frei sein. Hier versagte der Ehrendoktor in seinem wissenschaftlichen Forscherdrang insofern, als er nicht einmal den Versuch machte, das Geheimnis zu ergründen, warum die westdeutsche Presse trotz ihrer dreifachen Knechtung dennoch die Freiheit hat, die Politik der Bundesregierung und dazu der Westmächte entweder zu bejahren oder kritisch zu werten oder ganz und gar abzulehnen.

Ganz anders ist das natürlich mit der kommunistischen Presse in der Zone. Von ihr werden, wie der Ehrendoktor verkündete, „bewußt und klar die Interessen des Volkes vertreten“ — das heißt des sowjetischen Volkes, was der Ehrendoktor anzufügen vergaß. Aber: „Trotz der notwendigen Prinzipienfestigkeit habe es



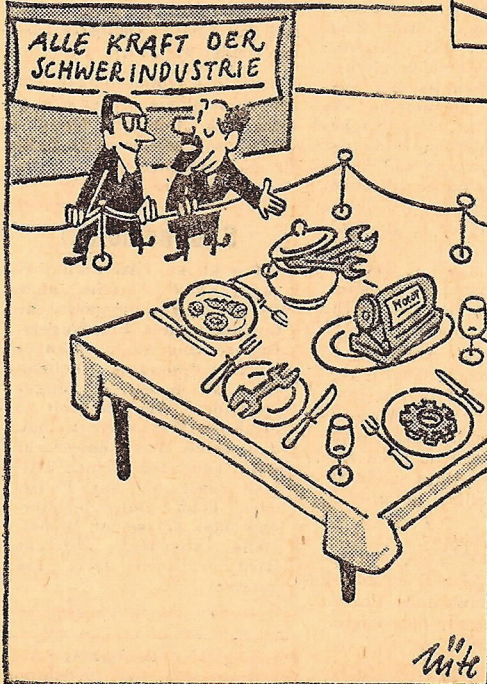
„Jawohl, Genosse Souffleur,
Kleiber ist weg!“

diese Presse zuweilen an Humor fehlen lassen.“ Auch hier unterließ es der Ehrendoktor, seine akademische Auszeichnung forschend zu verdienen. Er hätte nämlich feststellen müssen, daß der Presse der Zone deshalb der Humor vergangen ist, weil er nur in der Freiheit des Geistes gelebt.

„Mit Blumen und Beifall“, so heißt es in den Berichten der humorlosen Presse, „dankte ihm die Jugend nach seiner Lektion“, die der Ehrendoktor mit den Worten schloß: „Wir haben jene hohe Idee von einer wahrhaft freien Presse, von der wir wünschen, daß sie gesamtdeutsches Gut wird.“ Das ist nun wirklich Humor — aber Galgenhumor.

Aus dem Paradies zurück

Berlin (DPA). Aus der Sowjetzone sind zwei Australier bitter enttäuscht und ohne einen Pfennig Geld wieder in der Bundesrepublik eingetroffen. Sie waren vor kurzem während eines Deutschlandbesuches in die Sowjetzone gefahren, weil sie annahmen, dort Arbeit zu finden und schnell zum Wohlstand zu kommen.



Ernährungs-Schau in der Sowjetzone!

Wieder mit „Fridericus Rex“

Zu Erich Kleibers Absage an die Ost-Oper

Der Intendant der Ostberliner Staatsoper, Unter den Linden, Max Burghardt, hat in einem Schreiben den Brief von Generalmusikdirektor Erich Kleiber, in dem dieser seine Bindungen an die Ostberliner Oper gelöst hat, beantwortet. Die entfernte Widmunginschrift an dem wiederaufgebauten Haus Unter den Linden „Fridericus Rex apollini et musis“ würde „in ihrer alten Form“ wieder angebracht werden, heißt es in dem Schreiben.

Die Absage Erich Kleibers, die musikalische Leitung im wiedererrichteten Hause der Staatsoper Unter den Linden zu

Freunde in der SBZ, die unsere Aufklärungsarbeit unterstützen und ihre Meinung über den Inhalt äußern wollen, bitten wir, den Fundort dieses Blattes an das Postschließfach Nr. 58 nach Berlin-Charlottenburg 9 mitzuteilen.

übernehmen, was er ursprünglich wollte, hat überall in der Welt ein starkes Echo gefunden. Das liegt in der Natur der Sache. Ein Mann von hohem, künstlerischem Rang, eine Persönlichkeit, kehrt im Jahre 1955 in Ostberlin faktisch aus den gleichen Gründen und ebenso schweren Herzens wie schon einmal im Jahre 1935 einem Operninstitut mit großer Tradition den Rücken.

Die Entscheidung des Dirigenten stellt die politisch-propagandistischen Absichten, denen im Osten alles, auch der Wiederaufbau eines Opernhauses unterworfen ist, in aller Schärfe bloß. Wie armselig wirken dagegen die Versuche des Sowjetzonen-Kommentators von Schnitzler und des Intendanten Burghardt, diese Entscheidung Erich Kleibers zu bemänteln und sich vor dem Mann zu verantworten.

Zu einem „Magnet“ sollte Kleiber nach den Worten Schnitzlers die Ostberliner Staatsoper machen. Daß man dem Dirigenten dafür „solche

Mittel und solche Möglichkeiten“ gegeben hat wie noch keinem anderen, ist übrigens bei dieser Gelegenheit zugegeben worden. Wie groß muß die Enttäuschung in Ostberlin sein, wenn man

Aufsehenerregende Funde in Olympia

Deutsche archäologische Forschung wieder im Rennen

Der soeben von einer Dienstreise nach Griechenland und dem Vorderen Orient zurückgekehrte Präsident des Deutschen Archäologischen Instituts in Berlin, Prof. Böhringer, konnte jetzt Mitteilung über sensationelle Funde bei den Ausgrabungen in Olympia machen. Dort hat eine deutsche Archäologengruppe unter Prof. Kunze, der seit 1937 Direktor des Deutschen Archäologischen Instituts in Athen ist, bei Ausgrabungen im Leonideion die Formen gefunden, die dem berühmten griechischen Bildhauer Phidias dienen, um die Zeusstatue von Olympia herzustellen.

Es handelt sich um Negative aus gebranntem Ton, die sich unter Keramikfunden aus dem fünften Jahrhundert v. Chr. befanden. Sie zeigen in weichem Relief Gewandteile, die reiche Formen aufweisen.

Die deutschen Arbeiten in Olympia wurden jetzt unterbrochen, um nächstes Jahr wieder aufgenommen zu werden. Weitere Grabungsstätten der deutschen Archäologie befinden sich zur Zeit in Thessalien, wo interessante Keramiken aus dem

jetzt dem noch vor wenigen Tagen so Umworbene nachsagt, daß es von „völliger Verwirrung zeugt“, daß Kleiber seinen Sohn von Potsdam nach Westdeutschland gerufen habe. „Welch ein Abgrund zwischen Künstlertum und Charakter“ meinte von Schnitzler zu der freien Entscheidung eines Mannes, der noch frei war.

Der Fall Erich Kleiber ist aber auch für alle jene eine deutliche Lehre, die im Westen glauben, daß eine freie künstlerische Tätigkeit in östlichen Gefilden noch möglich sei.

Der vierten und dritten Jahrtausend v. Chr. gefunden wurden.

Von großem Interesse waren auch die Ausführungen Prof. Böhringers über die Arbeiten im Vorderen Orient. In Bagdad konnten neue Vereinbarungen mit dem Kulturminister des Irak getroffen werden. Danach soll das dortige Deutsche Institut wieder eingerichtet werden.

Auch in Ägypten hat die deutsche Archäologie wieder Fuß gefaßt. Das „Deutsche Haus“ in Theben soll wieder in deutschen Besitz übergehen.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerikahaus am Nollendorferplatz gezeigt.

Täglich ab 13 Uhr in stünd-

licher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr. Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin - Charlottenburg 9, Reichsstr. 4. Tel. 920231. Druck: W. Büxenstein, GmbH.